

Sitzungsniederschrift

30. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Hotel "Alte Schmiede", Esenser Str. 295, 26607 Aurich		
Sitzungsdatum: 07.07.2021	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:05 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Albers
Bargmann, Bodo	CDU	
Bracklo, Agnes	BWM	
Gossel, Arnold	CDU	Vertretung für Herrn Siebelt Fohrden
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	
Sell, Erwin	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tammen, Harald	CDU	
Ubben, Hilde	AKSBG	
Grundmandat		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Tobiassen, Bernd		
Verwaltung		
Focken, Ewald		Leiter Jobcenter

Hinderks, Andrea	Sachbearbeiterin Widersprüche
Hoofdmann, Sandra	Protokollführerin
Meints, Uta	Mitarbeiterin SPDI
Müller, Michael	Leiter Sozialamt
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Willers, Folkmar	Verwaltungsleiter Amt für Gesundheitswesen
Wiltfang, Olaf	Leiter Rechnungsprüfungsamt

Nicht anwesend:

Mitglieder

Albers, Angelika	GRÜNE
Biller, Anita	SPD
Feldmann, Julia	SPD
Fohrden, Siebelt	CDU

Grundmandat

Bienhoff-Topp, Ida

Beratende Mitglieder

Bagusat, Klaus-Dieter

Eiben, Florian

Hülsebus, Dieter

Krull, Hilde

Pieschke, Bärbel

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2021 - öffentlicher Teil -
5. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2021 - öffentlicher Teil -
6. Einwohnerfragestunde
7. Bericht Impfzentrum

8.	Jobcenter: Jahresabschluss 2018 Vorlage: IX/2021/102
8.1.	Jobcenter: Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018 Vorlage: IX/2021/105
9.	Jobcenter: Prüfbericht 2018 Vorlage: IX/2021/103
10.	Jobcenter: Halbjahresbericht zur Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt
11.	Beschäftigung eines Genesungsbegleiters im Sozialpsychiatrischen Dienst Vorlage: IX/2021/101
12.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
13.	Einwohnerfragestunde
14.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzende Kleinert eröffnete um 15.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Kleinert stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

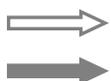
TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschuss stimmte der Tagesordnung in der durch die Sitzungseinladung dargestellten Reihenfolge zu.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2021 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2021 –öffentlicher Teil- wurde bei zwei Enthaltungen –wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:



Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2

einstimmig beschlossen

TOP 5 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2021 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 21.06.2021 –öffentlicher Teil- wurde bei 3 Enthaltungen genehmigt. Zwei Enthaltungen begründen sich in der Nichtteilnahme und eine Enthaltung ergab sich durch Abgeordnete Altmann, die an zwei Stellen im Protokoll eine andere Erinnerung bekundete.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 7 **Bericht Impfzentrum**

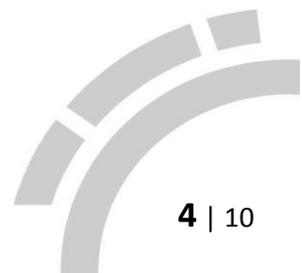
Herr Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes, stellte den 4. Bericht zum Impfzentrum vor und erläuterte ausführlich den aktuellen Sachstand. Diese Informationen können der Anlage (1) entnommen werden.

Abgeordneter Albrecht gab an, dass für den AstraZeneca Impfstoff eine 12 wöchige Pause zwischen der Erst- und Zweitimmunisierung vorgesehen sei und nun die Empfehlung für die Kreuzimpfung eine sechs wöchige Pause vorsehe. Er erkundigte sich, wie dies zusammenhänge.

Herr Schäfer erläuterte, dass für die mRNA Impfstoffe eine Empfehlung hinsichtlich des Abstandes von sechs Wochen vorliege und bei dem AstraZeneca Impfstoff eine 12 Wochen Empfehlung. Vor kurzem sei die Empfehlung ausgesprochen worden, dass die Zweitimmunisierung mit dem AstraZeneca Impfstoff bereits nach 9 Wochen vorgenommen werden könne. Die neueste Empfehlung beziehe sich auf die Kreuzimpfung, die besage, dass bei Erstimmunisierung durch den Impfstoff AstraZeneca die Zweitimmunisierung mit einem mRNA Impfstoff nach sechs Wochen erfolgen solle.

Abgeordneter Albrecht erkundigte sich, ob sich die Personen, die die Erstimmunisierung durch einen AstraZeneca Impfstoff erhielten, nun selbstständig melden müssten, um frühzeitiger die Zweitimmunisierung durch einen mRNA Impfstoff zu erhalten. Er wies daraufhin, dass diese ja vermutlich einen Zweittermin mit einem Abstand von 12 Wochen erhalten haben und nicht mit einem Abstand von 6 Wochen.

Herr Schäfer antwortete, dass es grundsätzlich bei der Terminvergabe über das Portal bleibe, das Land nun die Termine jedoch entsprechend vorziehe.



Abgeordnete Altmann habe den Eindruck, dass der Impfstoff nach dem Prinzip „Wünsch dir was“ vergeben werde. Für sie sei interessant, die medizinische Seite zu betrachten. Letztlich käme die Kreuzimpfung nach sechs Wochen nur denen zu Gute, die sich nun in dem Zeitrahmen befänden. Sie erkundigte sich, was mit denen passiere, die bereits 12 Wochen gewartet haben und wie sich dort die Kreuzimpfung auswirke. Sie seien damit ja sechs Wochen überfällig.

Herr Schäfer erklärte, dass es darum gehe, einen neuen Ansatz zu verfolgen, möglichst in kurzer Zeit viele Menschen zu immunisieren. Daher wurde nun die Empfehlung nach umfangreichen Forschungen auf sechs Wochen reduziert. Wenn 12 Wochen dazwischen lägen, wäre das unschädlich hinsichtlich der Wirksamkeit. Das Verfahren dauere dann nur länger.

Abgeordnete Altmann fragte, wie es mit den Jugendlichen weitergehe. Sie habe gehört, dass diese zwar Termine erhalten würden, jedoch bei Impfzentren abgelehnt worden wären. Sie wollte wissen wie der Sachstand diesbezüglich im Landkreis Aurich sei.

Herr Schäfer erläuterte, dass Jugendliche ab 16 Jahre mit dem Impfstoff BioNTech geimpft werden dürften. Die anderen Impfstoffe dürfe man erst mit 18 Jahren erhalten. Darunter sei eine Impfung nur aus medizinischen oder familiären Gründen durchzuführen. Diese Auffassung resultiere daraus, dass Kinder eher einen milden Krankheitsverlauf zu erwarten hätten. Daher gäbe es keine generelle Empfehlung. Die Zentren dürfen bei den vorgenannten Gründen Impfungen bei Kindern durchführen. Im Landkreis Aurich wurde bisher niemand abgelehnt. Es gab bisher jedoch auch erst ein minderjähriges Kind, welches aus medizinischen Gründen geimpft wurde.

Abgeordnete Altmann wies darauf hin, dass Kinder und Jugendliche jedoch weiterhin das Virus übertragen könnten.

Abgeordnete Ubben fragte, wo der Sonderimpftag am 17.07.2021 stattfindet, damit sie im Testzentrum bereits darauf aufmerksam machen könne.

Herr Schäfer gab an, dass dafür Georgsheil geplant sei und das hierfür auch noch öffentlich geworben werde, sobald die Planungen abgeschlossen seien.

Abgeordnete Bracklo regte an, die Informationswege zur STIKO zu verkürzen. Die STIKO solle vorab Informationen rausgeben, damit vor Ort bessere Vorbereitungen getroffen werden könnten.

Herr Schäfer erläuterte, dass das Vorgehen der STIKO sehr komplex sei und viele Forschungsergebnisse Eingang in die Empfehlungen fänden. Daher könne die STIKO abgesicherte Informationen nur tagaktuell herausgeben.

Abgeordneter Bargmann erkundigte sich, ob Termine abgesagt werden würden oder häufiges unentschuldigtes Fehlen vorkomme. Ebenfalls wollte er wissen, ob Gründe für das Fehlen bekannt seien.

Herr Schäfer antwortete, dass genaue Gründe nicht bekannt seien. Das Impfzentrum sähe nur über das Portal, dass Termine abgesagt wurden. Er wies daraufhin, dass die Anzahl der Menschen, die unentschuldig nicht kommen, im Landkreis Aurich sehr gering sei und daher nur eine untergeordnete Rolle spiele. Man könne vermuten, dass diese Menschen vielleicht bereits auf anderen Wegen geimpft wurden.

Abgeordnete Altmann erkundigte sich, ob das Impfzentrum im EEZ noch offen sei, da der Sonderimpftag dort nicht stattfindet.

Herr Schäfer erklärte, dass das EEZ geöffnet sei, an diesem Tag dort jedoch schon Zweitimmunisierungen stattfänden und hinsichtlich der Organisation es einfacher sei, diese beiden Verfahren voneinander räumlich zu trennen.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich für den interessanten Sachstandsbericht.

TOP 8 **Jobcenter: Jahresabschluss 2018**
Vorlage: IX/2021/102

Herr Wiltfang, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, stellte den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2018 vor. Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Abgeordneter Strömer gab an, dass der Bericht im März erstellt wurde und warum dieser der Politik erst vor einer Woche zugegangen sei. Eine Vorbereitung sei in einer Woche schwierig.

Herr Wiltfang erläuterte, dass dies der normale Ablauf sei. Der Bericht werde an das Jobcenter übergeben und von dort erfolge die Ausschussvorbereitung. Wenn es Fragen gebe, könne das Rechnungsprüfungsamt jederzeit kontaktiert werden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert ergänzte, dass dieses Vorgehen bei allen Gesellschaften identisch sei.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich für die Vorstellung und ließ sodann über den Tagesordnungspunkt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 8.1 **Jobcenter: Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2018**
Vorlage: IX/2021/105

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➡ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Jobcenter: Prüfbericht 2018**
Vorlage: IX/2021/103

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Jobcenter: Halbjahresbericht zur Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt**

Herr Focken, Leiter des Jobcenters, bedankte sich für die Entlastung und den Vortrag. Anschließend stellte er umfassend den Halbjahresbericht (Anlage 2) vor. Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Abgeordnete Altmann erkundigte sich, wie der Kontakt zu den Kunden erfolge. Sie wollte wissen, ob und in welcher Form das Jobcenter hier aktiv handle.

Herr Focken antwortete, dass sich grundsätzlich jeder selbst beim Jobcenter melden dürfe, um Arbeit zu finden. Dies sei allerdings unter den Corona Bedingungen eher die Ausnahme. Das Jobcenter sei aktiv unterwegs und lädt die Kunden ein, jedoch im geringeren Umfang als vor der Pandemie. Beratungen würden angeboten werden. Es habe beispielsweise eine Anschreibaktion gegeben. Es fände aufsuchende Arbeit statt, Telefonkontakte und Videoberatung seien möglich. Die Vermittlung lebe letztlich vom persönlichen Kontakt sowie der Eigenmotivation.

Abgeordnete Altmann wollte wissen, wie die Situation bei den Mitarbeiter*innen derzeit aussehe. Sie erkundigte sich, ob bereits alle wieder da seien, um für die Kunden präsent zu sein.

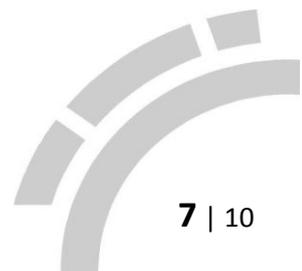
Herr Focken wies daraufhin, dass die Räumlichkeiten des Jobcenters für die Kontaktpersonennachverfolgung genutzt worden seien und die Rückführung nun Zug um Zug stattfände. Es seien für Beratungen daher Räume in der KVHS angemietet worden. Viele Kolleg*innen seien zudem in der Kontaktpersonennachverfolgung eingesetzt worden, daher fände noch keine volle Präsenz statt. Ziel sei es, dies, so schnell wie es die Pandemie zulässt, wiederherzustellen.

Abgeordneter Strömer erkundigte sich, ob die angegebenen Stellen auch die 450,00 € Jobs umfassen würden.

Herr Focken verneinte dies und wies daraufhin, dass es sich dabei nur um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen handle.

Abgeordneter Strömer wollte wissen, ob die Integration auch mit Geldern gefördert werde.

Herr Focken bestätigte dies. Es gebe einen Eingliederungshilfezuschuss. Hiermit würden pro Jahr ca. 120-130 Fälle gefördert werden.



Vorsitzende Kleinert bedankte sich für den Vortrag.

TOP 11 **Beschäftigung eines Genesungsbegleiters im Sozialpsychiatrischen Dienst**
Vorlage: IX/2021/101

Herr Willers, Verwaltungsleiter des Amtes für Gesundheitswesen, erläuterte die Arbeit des Sozialpsychiatrischen Dienstes (SPDI). Dort würden Aufgaben nach dem NPsychKG wahrgenommen werden. Hierbei gehe es auch um niedrigschwellige Unterstützung und Beratung. In Norden und Aurich gebe es jeweils eine Kontaktstelle. Im SPDI werde in einem multiprofessionellen Team gearbeitet unter der Leitung einer Ärztin. Frau Schlüter, als Psychiaterin, wurde zum 01.07.21 hierfür eingestellt. Frau Schlüter werde sich im Ausschuss an anderer Stelle noch einmal vorstellen. Als Unterstützung für den SPDI gehe es nun um die Einstellung eines Genesungsbegleiters.

Frau Meints, Mitarbeiterin des SPDI, erläuterte die Arbeit eines Genesungsbegleiters anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 3).

Abgeordneter Strömer erkundigte sich, wer die Lehrgänge finanziere und wo diese stattfänden.

Frau Meints wies darauf hin, dass es nunmehr um die Einstellung eines Genesungsbegleiters gehe und nicht um die Durchführung eines Lehrganges. Der letzte Lehrgang habe 2018-2019 stattgefunden. Es gäbe hierbei verschiedene Kostenträger, beispielsweise das Jobcenter oder das Sozialamt. Hierbei seien alle Teilnehmer*innen wieder in den Arbeitsmarkt vermittelt worden. Zum einen in ihren alten Job, weil die Maßnahme sie soweit stabilisiert habe und zum anderen als Genesungsbegleiter. Ein Genesungsbegleiter sei aktuell im Amt für Gesundheitswesen eingesetzt, jetzt gehe es um die Weiterbeschäftigung.

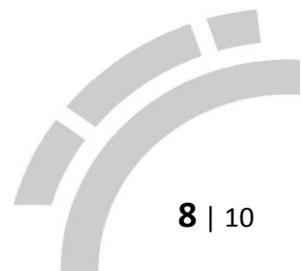
Abgeordnete Bracklo erkundigte sich, an welcher Stelle Patienten abgeholt werden würden und ob es eine Zusammenarbeit mit den Tageskliniken gäbe. Zudem wollte sie wissen, ob die betroffenen Familien, den Einsatz des Genesungsbegleiters als eine Art Einmischung in das Privatleben empfänden.

Frau Meints erläuterte, dass die Arbeit des SPDI viel im Außendienst stattfände. Die Menschen würden im häuslichen Umfeld aufgesucht, unterwegs oder ins Amt eingeladen. Bei dem Hilfsangebot ginge es um Freiwilligkeit. Wenn Personen die Tagesklinik besuchen, kann von dort eine Empfehlung ausgesprochen werden, sich an den SPDI zu wenden. Anschließend würde die Arbeit dann aufgenommen werden.

Abgeordneter Tammen erkundigte sich, ob es bereits Situationen gegeben habe, bei dem der Einsatz eher nachteilig gewesen sei.

Frau Meints antwortete, dass es bisher keine negativen Erfahrungen gegeben habe. Das Prinzip gebe es bereits seit langer Zeit auch im Bereich der Selbsthilfegruppen und sei für die Menschen sehr hilfreich.

Abgeordneter Strömer gab an, dass sich die Ostfriesische Gesellschaft und die Dwarloopers ebenfalls um psychische kranke Menschen kümmern würden. Wie passen die unterschiedlichen Akteure zusammen, wollte er wissen.



Frau Meints antwortete, dass die Kontaktstelle Dwarloopers ein Teil des SPDI und somit Teil des Amtes für Gesundheitswesen sei. Die Kontaktstellen gebe es in Aurich und Norden. Dies sei ein guter Einsatzort für Ex-In'ler. Die Ostfriesische Gesellschaft sei ein Träger für ambulante und teilstationäre Betreuung und ist ein Bündnispartner des SPDI.

Abgeordnete Bracklo wollte wissen, welche Vorbildung der Mensch habe, der eingestellt werde.

Herr Willers antwortete, dass eine abgeschlossene Berufsausbildung vorläge. Er ergänzte seine Ausführungen damit, dass die Nachfrage nach diesen Kräften sehr groß sei. Derzeit gebe es nicht genug Genesungsbegleiter, um den Markt zu bedienen. Daher würden auch weitere Lehrgänge geplant.

Abgeordnete Bracklo erkundigte sich, ob für den Genesungsbegleiter auch Supervision angeboten werde.

Frau Meints bestätigte dies.

Frau Harms, Frau Altmann und Herr Bargmann verließen, aufgrund einer Folgesitzung, vor der Abstimmung die Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 12 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Herr Tobiassen wies auf einen Artikel der Ostfriesischen Nachrichten vom 04.05.2021 hin. In diesem Artikel wurde erwähnt, dass es schwer sei Leute aus der Beratungsstelle für geflüchtete Menschen zu erreichen. Herr Tobiassen erläuterte, dass die Redaktion auf den Anrufbeantworter gesprochen habe und auch ein Rückruf durch die Beratungsstelle erfolgt sei, jedoch die zuständige Redakteurin nicht erreicht wurde. Zudem seien vier weitere Kolleg*innen aus dem Büro gar nicht kontaktiert worden. Der Eindruck, der durch den Artikel entstünde, sei schwierig. Es seien 5.800 Beratungen durchgeführt worden. Ab Mitte März zwar nur auf Termin, aber es habe alles geklappt. Der Geschäftsführer und die Kolleg*innen hätten eine Stellungnahme abgegeben. Die Stellungnahme sei durch die Ostfriesischen Nachrichten jedoch unbeantwortet geblieben.

TOP 13 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 14 **Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende Kleinert schloss um 16.50 Uhr die Sitzung und bedankte sich bei allen Anwesenden.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Hoofdmann
Protokollführerin

